

Dresdner Volkszeitung

Vollschiffungs- Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verkaufsstelle: Gebel, Kämpf, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Dringelohn mit den wöchentlichen Beilagen
„Rach der Arbeit“ und „Volk und Welt“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Weinbergplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Verkaufsstelle: Weinbergplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Normspaltenbreite
30 Pf., die 30 mm breite Reklameweile 1,50 M., für ausgedruckte An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche
40 Proz. Rabatt. Für Dreifachbelegung 10 Pf.

Nr. 181

Dresden, Freitag den 6. August 1926

37. Jahrg.

Sturmwolken im Wetterwinkel

Kolonial-Kummel

Rauchwolken steigen auf dem Balkan auf, und wo Rauch ist, da ist auch Feuer. In den letzten Tagen ist es an der rumänisch-bulgarischen wie der südslawisch-bulgarischen Grenze, dort bei Staro Selo, hier bei Strido Palanka, zu blutigen Zusammenstößen zwischen Freischärlerbanden und der bewaffneten Nacht gekommen; in Bukarest und mehr noch in Belgrad steigt die Besse deshalb Gift und Galle gegen Sofia; Drohnreden hängen in der Luft, die Großen werden um ihr Rechtswort angegangen, und der Völkerbund rütel sich zum Eingreifen.

Erdebeben bei diesen Zwischenfällen Bulgariens als ein Verd der Ursache, so spürt dieses Land auch schlimmer als irgendeines die Folgen des verlorenen Krieges. Es datiert unter riesiger Schuldenlast, ist gebengt unter andauernden Forderungserleichterungen, verharret in schwerster Wirtschaftskrise und leidet unter dem Druck der Arbeitslosigkeit. Dazu kommt die Flüchtlingsfrage. Hunderttausende von slawischen Bewohnern Brasiliens und Mazedoniens sind bei Kriegsende und später nach Bulgarien geflüchtet und liegen dort dem Staatsfiskus zur Last; der Genosse Panderewski ist und schilderte unlängst das herzzerreißende Elend dieser Heimathlosen, das zu lindern der Völkerbund jetzt eine Anleihe gewährt hat. Solche lastende Mißere ist ein Relektiv, das dem die Angeltler bulgarischer Unruhen jederzeit schöpfen können, und leider sind diese Angeltler sehr leibhaftig und lebendig da. Zeitlich die berüchtigte M.P.Z., die mazedonische revolutionäre Innere Organisation, die nach der Ermordung ihres Leiters Todot Alexander im vergangenen Jahre, etwas in Verwirrung und Zerrüttung geraten war, im Januar 1926 auf ihrem Kongress in Gestalt des jungen Dr. Wankisch Wankisch einen neuen Führer gegeben hat, regt sie sich wieder sehr munter. Ihr Ziel ist, die an Bulgarien und Griechenland gefallenen Teile Mazedoniens nicht zur Ruhe kommen zu lassen, damit Europa immer wieder die Augen auf diesen unglücklichen Erdwinkel lenkt und die mazedonische Frage auf der Tagesordnung bleibt. Deshalb hat sie das Land in Sektionen und Distrikte eingeteilt und unterhält Terrorgruppen, die Attentate vollführen, und wirkt bei günstiger Gelegenheit Banden über die Grenze, die einen griech-slawischen Kleinkrieg eröffnen.

feins und schlägt bald hier, bald dort seine Flügel ein. Ueber eine Verlobung des bulgarischen Königs Boris mit einer italienischen Prinzessin wurde erst dieser Tage lebhaft gemunkelt, und auch die sehr freundliche Aufnahme des bulgarischen Finanzministers Kolow bei Mussolini findet manigfache Deutung. Die Belgrader Blätter gar berichten, daß Anfang Juni in der italienischen Hauptstadt unter Mussolinis Leitung ein Kongress der „Makedoniserenden“ stattgefunden habe, dem auch der Delegierte für Mitteleuropa, der in Berlin lebende Korajew, beiwohnte. Hat wirklich der Imperialismus einer Großmacht bei den jüngsten Ereignissen die Hand im Spiele, so erschwert das die Lösung der ohnehin nicht-leichten Frage. Der erste Schritt zu dieser Lösung wäre die Rückkehr aller Flüchtlinge in ihre Heimat als Voraussetzung des vielbesprochenen Balkan-Vertrages, aber seine radikale Erledigung fände das Problem Mazedoniens erst durch Ausschluß Bulgariens an den stammverwandten Südslawenstaat.

Von K. Perjins, Kapitän zur See a. D.

Die Propaganda für die Erlangung eines Kolonialmandats wird von den reaktionären Kreisen mit Hochdruck betrieben. Eine Tagung der Kolonialbegeisterten lagt die andere. Zahllose Vorträge werden gehalten, die immer unter der Überschrift stehen, die sich auch auf den bekannten Bierstücken findet: „Ohne Kolonien keine Sicherheit im Bezug von Rohstoffen, ohne Rohstoffe keine Industrie, ohne Industrie kein ausreichender Wohlstand. Darum, Deutsche, müssen wir Kolonien haben.“ Mit erheblichen Mitteln der Steuerzahler wird die Propaganda bezahlt, verschleierte Unterstützung durch die Reichsämter, wie Reichskolonialamt, Reichswanderungsamt usw., dann direkte Subventionen an deutsche Kolonialkongresse (Ostafrikanisches Syndikat, Afrika-Verbanden A. G. usw.), wird eine Bewegung künstlich herbeigeführt, die sumlos ist, die uns außenpolitisch nur schaden kann, und die lediglich dem Nutzen einiger Hunderte von ehemaligen Kolonialoffizieren und Beamten zugute kommt.

Der dunkle Fall des tschechischen Generalstabchefs

B. Prag, 6. August. (Esp. Bericht.)

Die tschechische Öffentlichkeit der Tschechoslowakei beschäftigt sich schon seit Wochen mit einem Fall, der auch jenseits der Grenzen höchste Beachtung verdient. Nach mancherlei Vorgeschichten wurde General Gajda, plötzlich ohne Zeit auf Urlaub geschickt und nach darauf wurde gegen ihn eine amtliche Untersuchung eingeleitet, die augenblicklich noch nicht abgeschlossen ist.

Die Ursachen dieses Skandals, über die von der Regierung bisher nichts zu erfahren war, können gewislich Art sein. Sicher ist, daß General Gajda in tschechischer Gesandtschaft verhaftet ist. Seit Monaten wird er von der tschechischen Presse als der fiktive Führer der Schwarzenbanden in der Tschechoslowakei hingewiesen, und diese Propaganda für Gajda als den tschechisch-tschechischen Diktator hat auch während der gesamten Zeit der Untersuchung nicht aufgehört. Die Regierung hat für sich irrtümlich erklärt, daß Gajda den tschechischen Verhaftungen fernstehe. Nichts ist aber unwahrscheinlicher als diese Behauptung. Gewislich während des Ganges der Untersuchung erschien z. B. im Wäsländer Seculo ein Interview mit Gajda, in dem sich Gajda neuerdings offen zum Faschismus bekannte.

Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß der Faschismus nicht die einzige Ursache dieses ersten Militärs der demokratischen Tschechoslowakei ist. Gajda wird auch geheime Beziehungen zur Sowjetregierung besitzen, und wenn nur die Hälfte vom dem wahr ist, was in der Tschechoslowakei in dieser Beziehung über Gajda von Mund zu Mund geht, so liegt hier ein militärisch-politischer Skandal vor, der in der gesamten neueren Geschichte Europas kaum feinergeklungen hat. Es ist immerhin kaum anzunehmen, daß die Sache voll aus der Öffentlichkeit kommen wird. Weiter die Regierung, nach weniger Aufrichtigkeit schmeinen Beweise in der Hand zu haben, ganz abgesehen davon, daß die Regierung kaum ein Interesse daran haben dürfte, aller Welt diesen Schmutz zu enthüllen. Ihr Schwiegen zu den vielen Varianten, die in der Presse über Gajda kursieren, ist aber bereits genug, und auch die Zurückhaltung der kommunistischen Presse zur weiteren Skizze des tschechischen Generals unterstreicht die schwersten Vermutungen. Es ist erwähnenswert, daß Gajda als Legionär, Kommandant in Russland am Zeiten der Revolution und Zeitsitz in der Zeit der Hundertert Arbeiterbewegungen auf dem Kriegsschauplatz, gegen die er mit blutiger Faust vorging. Also so recht der Mann für die tschechischen Fäherlinge.

Die Untersuchung gegen Gajda soll in dieser Woche noch abgeschlossen werden. Es verläutet, daß der Herr Generalstabchef „freiwillig“ in Pension gehen wird. Aber auch dann muß die tschechische Arbeiterbewegung alle Kräfte anspannen, um Gajda für immer politisch unmöglich zu machen.

Unbestreitbar hat die Reaktion den Zeitpunkt für ihre Propaganda gut gewählt. Niedrige Löhne, und die immer mehr um sich greifende Beschäftigungslosigkeit der Hand- und Kopfarbeiter im Verein mit der Not der unter überspannten Steuern seufzenden Kleinbauernschaft und der allmählich verhangenden Kleinrentner, düngen trefflich den Boden für jedes auch noch so blöde Phantasiereisepredigen.

Beantworten wir uns kurz und sachlich die beiden Fragen: „Besteht Aussicht, daß wir ein Kolonialmandat erlangen?“ Und: „Würden Kolonien unsere wirtschaftliche Not beheben?“ Die Gemächtheit unserer früheren Feinde, und ein Kolonialmandat zu übertragen, ist äußerst gering, wenigstens insoweit es sich um irgendein wertvolles Gebiet handelt. Der britische Kolonialsekretär Armett äußerte am 11. Juni dieses Jahres in der Sitzung der britisch-ostafrikanischen Gesellschaft:

Gejördert wird diese Aktion durch die wirtschaftlichen und politischen Mißstände in Makedonien, für die die Belgrader und die Athenener Regierung die Verantwortung tragen.

Was aber Belgrad und Athen Sofia vorwerfen, ist: Unterstützung der Pendentität durch die bulgarischen Nachbarn. Die bulgarische Presse weist diese Anschuldigung mit Entrüstung zurück, aber der Staatsstreich im Juni 1923, der den Bauernführer Stambuliski stürzte und das „Professoren- und Generalskabinett“ Zanow aus Athen brachte, war zum großen Teil ein Werk der „Makedoniserenden“, und auch das gegenwärtige Ministerium Rajtsichem behandelt ihre Bünde und Untriebe mit der gleich wohlwollenden Duldsamkeit, wie etwa die dänische Regierung nach der Hafencruzlerverbrände. Die Note, die die slawische Regierung vorbereitet, soll deshalb entschieden die Auflösung der revolutionären Makedonier-Organisation verlangen.

Wanderer Selbsttötung entdeckt aber auch die Jäden, die von der makedonischen Vöndebewegung nach Rom führen. Italien ist heute der Hans Dampf in allen Gassen des Balkans.

„Alle ostafrikanischen Gebiete Englands müssen zu einem großen einheitlichen Gebiet vereinigt werden. Die Bevölkerung Ostafrikas braucht nicht zu fürchten, daß das früher zwischen dem Norden und dem Süden Englich-Ostafrika gelegene Gebiet wieder abgetreten werden kann. Das ist eine vollkommen falsche Auffassung des Begriffs des Mandatsgebietes. Das englische Mandat über das ehemalige Deutsch-Ostafrika ist keineswegs nur ein vorübergehender Befehl des Landes, es bedeutet nur gewisse Verpflichtungen, die England bei der Verwaltung des Gebietes übernommen hat. Das Mandat über das ehemalige Deutsch-Ostafrika ist ein Recht Englands aus dem Vertrag.“

Rum ist das frühere Deutsch-Ostafrika gerade das Gebiet, auf dessen Rückgewinnung die deutschen Kolonialagitatoren ihre Haupthoffnung gesetzt haben. Sie wissen, daß das frühere Deutsch-Südwestafrika jetzt unzertrennlich verbunden ist mit der südafrikanischen Union (das hat der Ministerpräsident General Herzog vor kurzem ausgesprochen), sie wissen ferner, daß unser ehemaliger Südfreebesitz fest in den Händen Australiens und Neuseelands ruht, daß an die Herausgabe von Kiautschou von Seiten Chinas nicht zu denken ist. Sollte Deutschland, nachdem es in den Völkerverbund aufgenommen ist, wirklich ein Kolonialmandat übertragen werden, so kämen höchstwahrscheinlich nur Gebiete in Frage, die zu kolonisieren sich kaum verlehnt. Charakteristisch ist ein angebliches Witzwort Brlands — veröffentlicht im „Manchester Guardian Weekly“ — in Bezug zu Herrn Stresemann: „Oh, mein Herr, Sie wünschen Kolonien. Aber geben Sie überlassen Ihnen Marokko und Sydien spottbillig.“ Die englische Wochenchrift bringt die Sachlage richtig zum Ausdruck, mit der wir zu rechnen haben, d. h. man wird Deutschland unter Umständen ein Kolonialamt zuteilen, auf das man selbst gern verzichtet.

Der Schluß in Bonn

Der Bruch zwischen völkischen und republikanischen Studenten

Bonn a. Rh., 5. August. (Fig. Fradtb.)

In einer der letzten Nächte haben hier zwei Studenten mehrere schwarzrotgoldene Fahnen gewaltsam entfernt. Die Plaggenstücke konnten festgehalten werden als der stud. med. Weratschowski, Frankfurt a. M., und der Apothekerstudent Karl Waisch aus Düsseldorf. Anzeige bei der Staatsanwaltschaft ist bereits erfolgt. Der Verfall ist ein weiterer Beitrag für die „völkische“ Arbeitsstimmung des Bonner Studententags.

In der letzten Sitzung des Kongresses kam es noch einmal zu einem Bruch zwischen der völkischen Mehrheit des Studententags und der Bonner republikanischen Studentenschaft. Der Vertreter der Bonner Studentenschaft erklärte, daß er sich auf Grund der Verhandlung der Plaggenstücke das Vertrauen zwischen der Deutschen Studentenschaft und der Bonner Studentenschaft als gebrochen ansieht. Die Bonner Vertreter sowie die Abgeordneten der Universitäten Künzler und Wagen verließen nachdem die Völkischen von neuem dem republikanischen Vorstehenden der Bonner Studentenschaft in der unerschämten Worten ihre Mißtrauen ausgesprochen hatten, wiederum den Saal.

Die Ausschüßberichte und Neuwahlen, wobei ein Angehöriger der Bonner deutschvölkischen Bewegung, also ein tschechischer Staatsbürger, zum Vorsitzenden der Deutschen Studentenschaft für das laufende Jahr gewählt wurde, fand der republikanische Studententag seinen Anfall. Man hielt es nicht für nötig, der Studentenschaft Bonn für ihre Völkerei und Chauvinismus zu danken, sich es sich aber nicht nehmen, mit der

Das Urteil im Volkspöter-Prozess

Im Volkspöterprozess wurde heute mittag gegen 1 1/2 Uhr folgendes Urteil verkündet:

Auf die eingeleiteten Verurteilungen wird das Urteil des Schöffengerichts vom 7. April aufgehoben. Es werden verurteilt: Der Angeklagte Weizner wegen fortgesetzter Untreue und Unterschlagung zu vier Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrenrechtsverlust. Der Angeklagte Köppler wegen Untreue und Unterschlagung zu einem Jahr drei Monate Gefängnis und einem Jahr Ehrenrechtsverlust. Grindel wegen Beihilfe und Anstiftung zu drei Monaten Gefängnis. Auf die erkannten Strafen werden im Falle Weizner und Köppler je zehn Monate der Unterdrückungshaft angerechnet.

Zusätzlich lautete für Weizner auf vier Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrenrechtsverlust, für Köppler auf zwei Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrenrechtsverlust und für Grindel auf acht Monate Gefängnis.

Die zweite aufgeworfene Frage lautet: „Würden Kolonien unsere wirtschaftliche Not beheben?“ Es heißt in den Propagandaschriften der Kolonialfreunde, wir würden billige Rohstoffe und Nahrungsmittel aus unseren Kolonien in spe erhalten, wir würden unsere Fertigkeiten usw. dorthin absetzen können, und somit würde die Arbeitslosigkeit bei uns aufhören, und dann vor allem, wir würden unsere Bevölkerungsoberfluth in den Kolonien unterbringen können. — Billige Rohstoffe und Nahrungsmittel werden wir so lange nicht aus unseren Kolonien erhalten, als die Reaktion bei uns regiert, d. h. solange ostelbische Zunker, Großagrarier und Schloßbarone das Heft in Händen haben. Waren unsere vielen Kolonien vor dem Kriege etwa Lieferanten für wohlfeiles Fleisch, Kaffee, für billigen Gummi, Hans usw.? Zudem: auf dem Weltmarkt werden die Preise für alle Rohstoffe, Baumwolle, Kauchschud, Zed, festgesetzt. Kein deutscher kolonialer Handelsmann wird seine Waren in Deutschland für niedrigeren Preis verkaufen, als er anderswo erhalten kann. Für die nächsten Jahrzehnte wäre es außerdem ausgeschlossen, daß unsere junge koloniale Tätigkeit überhaupt Konkurrenzfähig würde. Für lange Zeit müßte erst sehr viel